



# Mit dem „Green Deal“ als Kompass durch stürmische Zeiten – Baden-Württemberg steht zur grünen Transformation

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat viele Gewissheiten ins Wanken gebracht. Seine Auswirkungen spüren wir auch in Baden-Württemberg ganz konkret. Wie viele andere Regionen in Europa stehen wir vor der Frage, wie wir die Unsicherheiten der neuen Zeit meistern werden.

Mit dem Green Deal hat die EU schon 2019 *das* europäische Zukunftsprojekt definiert, das auch als Antwort auf die aktuelle Krisensituation geeignet ist. **Der Green Deal bringt Klimaschutz, Innovation und sozialen Zusammenhalt in einem Gesamtprojekt zusammen, dem sich alle Mitgliedstaaten der EU angeschlossen haben, und das auch über die EU hinaus Strahlkraft entwickelt hat.** Der Fixstern ist das Erreichen der Klimaneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft bis 2050. Ein wichtiges Merkmal des Green Deal ist aber vor allem die Frage nach dem *Wie* – erfolgreich kann er nur dann sein, wenn wir auf dem Weg zur Klimaneutralität niemand zurücklassen. Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit sind die zentralen Pfeiler, die aus dem Green Deal mehr machen als ein Projekt der wirtschaftlichen Entwicklung. Indem er ein post-fossiles Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als die zentrale Zukunftsvision für eine Europäische Union definiert, die auf dem Weg dorthin gleichzeitig eigenständiger, unabhängiger und sicherer wird, hat der Green Deal schon vor Kriegsausbruch den Ausweg aus der akuten Krise aufgezeigt, in der wir uns seit Februar 2022 befinden.

Im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung haben wir uns 2021 vorgenommen: wir werden das Musterland des Green Deal. Wir wollen die Idee des Green Deal ganz konkret in die Tat umsetzen und in die Fläche tragen. Daran halten wir auch und gerade angesichts der akuten Krisen fest. **Wir stehen in diesen bewegten Zeiten zum Green Deal: Er macht den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zukunftsfähig, und er trägt dazu bei, unsere Lebensweise stärker in Einklang mit der globalen Verantwortung, die wir als wohlhabendes und exportorientiertes Land tragen, zu bringen.**

Im Folgenden schauen wir auf ausgewählte Handlungsfelder des Green Deal am Standort Baden-Württemberg: Erneuerbare Energien, nachhaltige Lieferketten, die Förderung industrieller Transformationsprozesse, Fachkräfte, Verkehrsinfrastruktur, Baustoffe und Forschung. Wie setzen wir den Green Deal in Baden-Württemberg schon heute konkret um? Und was brauchen wir von der europäischen Ebene, damit der Green Deal für Baden-Württemberg langfristig funktioniert?

## 1. Klimaschutz und Erneuerbare als Antwort auf die Energiekrise

Mit der Initiative „RePowerEU“ hat die EU schon wenige Wochen nach Beginn des russischen Angriffskrieges ein klares Zeichen gesendet, an den Klimazielen angesichts der akuten Krise festzuhalten und die Ambitionen im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien noch einmal deutlich zu steigern. So wird die EU energie- und sicherheitspolitisch unabhängiger. **Wir GRÜNE stehen fest hinter der Überzeugung, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien der beste Ausweg aus der Krise und unsere beste Verteidigung gegen die Verwendung von Energie als Waffe ist.** Die günstigste und sicherste Energie bleibt diejenige, die wir nicht verbrauchen. Gemeinsame europäische Anstrengungen zum Energiesparen und zur Erhöhung der Energieeffizienz müssen daher sowohl kurz-, als auch langfristig weiterhin ein wichtiger Teil der Lösung sein. Gerade im Gebäudesektor verbrauchen wir derzeit noch deutlich zu viel Energie. Um unsere Klimaziele zu erreichen und von fossilen Wärmequellen unabhängiger zu werden, müssen wir unsere Bemühungen zur Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz im Gebäudebestand und den Anforderungen, die wir an Neubauten stellen, deutlich erhöhen.

Der Zugang zu günstiger und sicherer erneuerbarer Energie wird als Standortfaktor immer wichtiger. Damit wir die Klimaziele erreichen und die Transformation realisieren können, ist die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energieanlagen und für den Ausbau der Netze daher ein absoluter Schlüsselfaktor. In Baden-Württemberg haben wir hier einen klaren Fahrplan vor Augen. Durch Straffung der Verfahren und Bürokratieabbau werden wir die Planungs- und Verfahrensdauer bei Windenergieanlagen, die derzeit im Schnitt etwa sieben Jahre beträgt, mindestens halbieren.

Wir begrüßen die erzielte politische Einigung im Rat der EU zum Vorschlag der EU-Kommission vom 09. November 2022, mithilfe eines zeitlich begrenzten Notfallgesetzes den Turbo für den Ausbau der Erneuerbaren einzulegen und Genehmigungsverfahren für Solaranlagen, Wärmepumpen und Repowering drastisch zu straffen. Neben der akuten Krisenbewältigung muss der Status der Erneuerbaren jedoch auch langfristig gestärkt werden. Die Ausweisung von sogenannten „Go To“-Gebieten könnte tatsächlich in bestimmten Gebieten die Dauer der Genehmigungsverfahren rechtssicher und sehr drastisch reduzieren. Wir verfolgen deswegen die Ausgestaltung dieser Regelung sehr aufmerksam.

In Baden-Württemberg führen wir aktuell in mehreren Stufen eine Solarpflicht für Gebäude ein. Damit sind wir Vorreiter: Der „RePowerEU“-Plan, der eine stufenweise Solarpflicht für die gesamte EU vorschlägt, ist genau das richtige Signal in dieser Zeit.

Für den Erfolg der Energiewende ist ein weiterer Aspekt entscheidend: **Wir müssen es in Europa zu unserer Priorität machen, robuste Lieferketten aufzubauen, um Rohstoffe und Produkte beschaffen zu können, die wir für die grüne Transformation brauchen.** Das gilt für Solar-Anlagen genauso wie für Windkraftanlagen. Bei beiden Stromerzeugungstechnologien sind wir in Europa extrem stark auf Importe aus dem Ausland angewiesen. 98 Prozent aller Solarzellen stammen aus Asien, vor allem aus China (77,7 Prozent).

Als Land Baden-Württemberg wollen wir uns dafür einsetzen, dass wieder ein größerer Marktanteil der für die Energiewende wichtigen Komponenten in der EU hergestellt wird. Wir prüfen, welchen Beitrag wir dazu leisten können. Dazu sind Maßnahmen der Wirtschaftsförderung auf

europäischer Ebene nötig. Am Ende schaffen wir so nicht nur Arbeitsplätze, sondern stabilisieren auch die Lieferketten für eine Schlüsselkomponente einheimischer Energieproduktion. Ebenso kann eine EU-weite Solarpflicht nur funktionieren, wenn wir die entsprechenden Rohstoffe und Fachkräfte zur Verfügung haben.

Einige Prozesse im Bereich Energiespeicherung, Mobilität und in der chemischen Industrie lassen sich nur durch den Einsatz von „grünem“ Wasserstoff dekarbonisieren. „H2-Readiness“ ist das Gebot der Stunde. Auch Baden-Württemberg rechnet auf dem Weg der Transformation mit steigenden Bedarfen an grünem Wasserstoff, um fossile Energieträger und industrielle Grundstoffe im Land zu ersetzen. Die Erzeugung von grünem Wasserstoff sollte die noch nicht abgeschlossene Dekarbonisierung der Stromversorgung insgesamt nicht konterkarieren. Die Erzeugungskapazitäten, auf Basis derer grüner Wasserstoff in Zukunft produziert wird, sollten daher möglichst zusätzlich zu ohnehin geplanten Anlagen zur Produktion von grünem Strom errichtet werden.

Ebenso wird Baden-Württemberg künftig im Bereich des Luftverkehrs und des Schiffverkehrs auf synthetische Kohlenwasserstoffe (etwa ReFuels) angewiesen sein, um eine Defossilisierung zu erreichen. Unsere Industrie und unsere Forschung hat bei der Entwicklung entsprechender Techniken zwischenzeitlich eine Vorreiterrolle erreicht, die ausgebaut werden soll. Daraus können sich weitere Entwicklungspotenziale für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ergeben. Für einen Hochlauf braucht es einen innovationsfreundlichen regulatorischen Rahmen auf europäischer Ebene.

Baden-Württemberg wird einen großen Anteil seines Wasserstoffs importieren müssen. Auch hier wird es entscheidend darauf ankommen, resiliente und nachhaltige Lieferketten für Wasserstoff und seine Derivate aufzubauen. Neue Abhängigkeiten von autoritären Staaten oder ausbeuterische Dynamiken gegenüber Ländern des globalen Südens mit großem Erneuerbaren-Potenzial darf es nicht geben. Vielmehr setzen wir auf faire Energiepartnerschaften mit Ländern, die große Potenziale an regenerativen Energien haben. **Wir fordern daher europäisch verbriefte und ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien für den Import von (grünem) Wasserstoff im Sinne der UN Sustainable Development Goals.**

## **2. Globale Wirtschaftszusammenhänge verantwortungsvoll gestalten**

Baden-Württemberg profitiert mit seiner export- und technikorientierten Wertschöpfung wie kaum eine zweite Region in Europa von der globalisierten Wirtschaft. Der hohe internationale Vernetzungsgrad der baden-württembergischen Wirtschaft kann helfen, Wirtschaftszusammenhänge nachhaltiger, gerechter und verantwortungsvoller zu gestalten.

Dabei ist ein europäisches Lieferkettengesetz einer der zentralen Hebel für die Verankerung von Unternehmensverantwortung im europäischen Binnenmarkt. Die EU-Kommission hat hierzu im Februar 2022 einen Vorschlag vorgelegt, den wir sehr begrüßen.

Die geplanten Regeln würden eine Verankerung des Green Deal direkt in den Unternehmen ermöglichen. **Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass in den anstehenden Verhandlungen in und zwischen den europäischen Institutionen die Elemente des Vorschlags erhalten bleiben, die dem EU-Lieferkettengesetz echte Durchschlagskraft und „Biss“ verleihen.**

Dazu zählt insbesondere die Einführung einer zivilen Haftbarkeit bei Verstößen gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten. Kerndefinitionen und Schwellenwerte, etwa die Frage, ab welcher Firmengröße das Gesetz greift, dürfen nicht so verwässert werden, dass das Vorhaben zum zahnlösen Tiger wird. Wir sind davon überzeugt, dass nur Lieferketten, die auf einem verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und Natur beruhen, langfristig wirtschaftlich erfolgreich sein können. Unternehmerische Sorgfalt und Profitabilität sind kein Widerspruch.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die daraus folgenden geopolitischen Verschiebungen werfen auch die Frage auf, mit welchen Staaten wir als EU zukünftig wirtschaftlich und politisch eng zusammenarbeiten wollen. Dabei muss klar sein: Enge Verflechtungen kann es nur mit Staaten geben, die unsere grundlegenden Werte, allen voran Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, teilen. **Gleichzeitig dürfen wir bei der Ausgestaltung von Handelsbeziehungen zwischen der EU und unseren Partnerländern in der Welt nicht nachlässig werden, was die Festlegung von verbindlichen Standards im Bereich der Nachhaltigkeit, Transparenz und demokratischen Rückkopplung angeht.**

Ungenutztes Potenzial für eine tiefe wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Wertepartnern besteht zwischen der Schweiz und der EU. Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum „InstA“ durch die Schweizer Seite im Mai 2021 ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU aktuell weitgehend ungeklärt. Als Nachbarland der Schweiz spüren wir die Auswirkungen der erodierenden bilateralen Beziehungen ganz unmittelbar. Die wirtschaftlichen Einbußen durch erschwerten Marktzugang für Schweizer Produkte zum europäischen Binnenmarkt, beispielsweise im Bereich der Medizinprodukte, sind schon heute deutlich messbar. Im EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon führt der aktuelle Status der Schweiz als Drittland zu einem Verlust an Innovationskraft, da Kooperationen mit Schweizer Forschungseinrichtungen deutlich weniger attraktiv geworden sind. Und ebenso können wir es uns in Zeiten der Energiekrise nicht leisten, auf ein Energieabkommen mit der Schweiz zu verzichten.

**Wir fordern daher die Verhandler\*innen in Brüssel und Bern auf, mit neuer Dynamik, Flexibilität und Kreativität in den Sondierungsgesprächen einen Modus der zukünftigen Zusammenarbeit zu erarbeiten.** Der Weg von Bern nach Brüssel führt quasi durch Baden-Württemberg. Die grün-geführte Landesregierung bietet an, Sondierungsgespräche in Baden-Württemberg auszurichten und als Brückenbauer zu agieren. Es ist uns dabei ein besonderes Anliegen, dass die Grenzregionen der Schweiz und der umliegenden Länder in Gesprächen zum zukünftigen Verhältnis Gehör finden, denn hier ist der gegenseitige Austausch Alltag.

### **3. Den Transformationsstandort Baden-Württemberg stärken**

Für den Gesamterfolg des Green Deal kommt es entscheidend darauf an, dass starke Innovations- und Wirtschaftsstandorte wie Baden-Württemberg den auf Hochtouren laufenden Transformationsprozess hin zu Kreislaufwirtschaft und einem klimaneutralen Wertschöpfungsmodell erfolgreich meistern. Nur so kann der Green Deal auch andere Regionen der Welt inspirieren, einen ähnlichen Weg einzuschlagen – nach dem Motto: Wenn es hier nicht gelingt, wo dann? Von der europäischen Ebene braucht es strukturellen Support und Begleitung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. **Über EU-Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wie den EU Chips Act o-**

**der „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEIs) systemrelevante Wirtschaftszweige zu unterstützen, ist genau der richtige Ansatz, den es fortzuschreiben und auszubauen gilt.**

Außerdem sollten Regionen wie Baden-Württemberg nicht ins Hintertreffen geraten, wenn es um die Ansiedlung von neuen Standorten und Projekten geht. Ein gewisses Risiko hierfür besteht, weil Baden-Württemberg nicht die gleichen Ansiedlungsanreize bieten kann wie Regionen, die beispielsweise EU-Regionalbeihilfen erhalten.

Aufgrund der kritischen Bedeutung des Gelingens der Transformation der Automobilindustrie speziell für Baden-Württemberg, aber auch für die gesamte EU, sollte es insbesondere in diesem Bereich zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene geben – beispielsweise im Rahmen einer Neuauflage des Just Transition Funds.

Auch andere Branchen in Baden-Württemberg stehen vor Transformationsherausforderungen. So bedarf es einer Transformation der Lebensmittelwirtschaft im Sinne der Farm-to-Fork-Strategie, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

#### **4. Fachkräfte für die grüne Transformation mobilisieren**

Der klimaneutrale Industriestandort Baden-Württemberg von morgen braucht neben sauberer Energie vor allem auch eines: Tatkraft. Es braucht Menschen und Unternehmen, die unsere Gebäude sanieren und energieeffizient machen, Brennstoffzellen konzipieren, PV-Module und Wärmepumpen installieren. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften zur Umsetzung der Transformation wird in den kommenden Jahren stetig wachsen. Gleichzeitig ist schon jetzt aufgrund des demografischen Wandels ein wachsender Fachkräftemangel festzustellen.

**Für das Gelingen der Transformation wird es daher entscheidend darauf ankommen, Fachkräfte zu mobilisieren – beispielsweise über gezielte Weiterbildungsangebote sowie eine umfassende Strategie der Fachkräftezuwanderung.**

Unternehmen in Baden-Württemberg gehen beispielhaft voran, wenn es darum geht, Beschäftigten die Mitgestaltung der betrieblichen Veränderungsprozesse zu ermöglichen und sich weiterzubilden. Als Land unterstützen wir mit der ressortübergreifenden Weiterbildungsoffensive WEITER.mit.BILDUNG@BW Beschäftigte und Unternehmen dabei, die Transformation mithilfe von Weiterbildung zu einer Chance auf größere Zukunftsfähigkeit zu machen. Und mit den „Future Skills“ Weiterbildungsprojekten fördert das Land innovative Weiterbildungsformate für kleinere und mittlere Unternehmen.

Die EU hat für 2023 das „European Year of Skills“ ausgerufen. In diesem Kontext erwarten wir von der EU Unterstützung bei der Förderung von Übergangsprogrammen in Regionen, denen ein besonders großer Transformationsprozess bevorsteht. Dazu zählen auch „starke“ Industriestandorte wie Baden-Württemberg.

## 5. Die Verkehrsinfrastruktur als Rückgrat für ein klimafreundliches Wirtschaftssystem ausbauen

Ende Oktober 2022 wurde zwischen den europäischen Institutionen die politische Einigung zum Ende des Verbrennungsmotors bis 2035 erzielt. Das ist ein echter Meilenstein für die Transformation der europäischen Automobilwirtschaft, der eine klare Perspektive in Richtung klimaneutraler Antriebe aufzeigt. Baden-Württemberg begleitet und unterstützt die Transformation mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft im Land aktiv und gezielt. Am 16. November 2022 brachte Baden-Württemberg den Strategiedialog nach Brüssel und diskutierte mit hochrangigen Vertreter\*innen der europäischen Institutionen, wie wichtig die europäische Dimension für die Transformation der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg ist - und umgekehrt.

**Die Brüsseler Entscheidung zum Ende des Verbrennungsmotors führt zu einer europaweiten Dynamik, in die sich unsere baden-württembergische Strategie nahtlos einfügt.** Gleichzeitig bedarf es weiterer europäischer Unterstützungsmaßnahmen. So ist der europaweite Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ein kritischer Erfolgsfaktor für die Antriebswende. Beim Thema E-Mobilität wird es wiederum darauf ankommen, resiliente und möglichst regionale Lieferketten aufzubauen. Baden-Württemberg will dies zu einem Schwerpunktthema für die im Jahr 2023 anstehende Präsidentschaft des Landes beim Partnerschaftsformat Vier-Motoren-für-Europa machen.

**Gleichzeitig gilt es, klimafreundliche Formen der Mobilität weiter zu stärken und attraktiv zu gestalten.** Ein gut ausgebautes Schienennetz wird zum Rückgrat eines attraktiven Wirtschaftsraumes. Als Land elektrifizieren wir das Netz und reaktivieren Strecken. Mit mehr als einer halben Milliarde Euro unterstützen wir freiwillig den menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn im Zuge der TEN-V-Magistrale von der Nordsee ans Mittelmeer.

Die Nachbarschaft mit der Schweiz und Frankreich erlaubt es uns, die jeweiligen Grenzgebiete ebenfalls als dynamische Wirtschaftsräume zu betrachten und weiterzuentwickeln. Zuverlässige und attraktive grenzüberschreitende Bahnverbindungen sind hierfür eine Grundvoraussetzung. **Wir begrüßen das Vorhaben der EU, die sogenannten „Missing Links“, also fehlende grenzüberschreitende Schienenverbindungen innerhalb der EU, zu schließen.** Im Grenzgebiet zu Frankreich finden sich mit den Relationen Freiburg – Colmar und Rastatt – Hagenau gleich zwei „Missing Links“. Beiden Strecken ist der Zugang zu europäischer Finanzierung trotz ihrer europäischen Bedeutung aktuell verwehrt. **Wir setzen uns daher dafür ein, dass diese Strecken auf europäischer Ebene anerkannt und in der Fördersystematik berücksichtigt werden.**

Europa ist ein Kontinent, der sich hervorragend mit der Bahn bereisen lässt. Das ist nicht nur klimafreundlich, sondern stärkt auch den Zusammenhalt der Europäerinnen und Europäer. Das große Interesse an der Bereitstellung von Interrail-Tickets an junge Menschen, die die EU-Kommission im Rahmen von „DiscoverEU“ ermöglicht, zeigt, dass die Nachfrage riesig ist. Das europaweite Bahnangebot muss dringend nachziehen. **Wir begrüßen die Ausweitung des grenzüberschreitenden Nachtzugangebots und fordern ein europaweites Nachtzugnetz für klimafreundliches Reisen und als Alternative für Kurz- und Mittelstreckenflüge.**

## 6. Kreislaufwirtschaft im Bau als Beitrag zur Transformation

Der Baubereich gehört zu den ressourcenintensivsten Sektoren. Das gilt nicht nur für den Energieverbrauch, sondern ganz besonders auch für den Einsatz von Rohstoffen und für das Bauen selbst.

Deshalb setzen wir uns für eine ganzheitliche Betrachtung des Gebäudeenergieverbrauchs ein. Dies betrifft insbesondere den Erhalt der im Gebäudebestand gebundenen „Grauen Energie“. Der Erhalt, die energetische Sanierung und gegebenenfalls die Umnutzung sollen im Gebäudesektor Vorrang vor Abriss und Neubau haben. Die Lebenszyklusanalyse ist ein wichtiges Instrument dafür. **Umbau und Umnutzung von Gebäuden sowie das Sanieren und Bauen mit nachwachsenden und recycelten Baustoffen sind Inhalt und Ausdruck einer nachhaltigen Baupolitik.**

Durch die Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen können Rohstoffe geschont und kann dabei auch aktiver Klimaschutz betrieben werden. Im Bereich der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen gibt es bislang nur Einzellösungen. **Hier sind sukzessiv technische Lösungen zu erarbeiten und erforderlichenfalls die rechtlichen Grundlagen auf allen Ebenen anzupassen.**

Um hier voranzukommen, bringt sich das Land Baden-Württemberg unter anderem über den Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ aktiv ein. Wir sind überzeugt, dass hier nicht nur große Potenziale für nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften liegen, sondern das kreislaufgerechte Bauen einer der wichtigen Bausteine zur Transformation in die klimagerechte Zukunft ist.

## 7. Mit Forschung und Entwicklung den Green Deal zum Leben erwecken

Das Ziel des Green Deals erreichen wir nur, wenn wir Dinge anders machen als bisher. Wie wir wirtschaften, wie wir heizen, kurzum: Wir müssen uns ein Stück weit neu erfinden. Und unsere baden-württembergischen Hochschulen gehen hier motiviert voran: Von den Fördergeldern, die durch den Green-Deal-Call an deutsche Hochschulen gingen, haben rund 40 Prozent unsere baden-württembergische Hochschulen eingeworben. **So wird der Green Deal hier im Land ganz konkret weitergedacht und die Grundlage geschaffen für zukunftsfeste Technologien, die in Baden-Württemberg entwickelt und auf den Markt gebracht werden, und die gleichzeitig europäische Strahlkraft entwickeln können.**

Innovationen sind für die europäische Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich und der wesentliche Schlüsselfaktor zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen wie Digitalisierung, Demographie, Klimawandel und Dekarbonisierung. Damit die Herausforderungen bewältigt werden können, ist eine technologieoffene Innovationsförderung notwendig.

Die effektive Förderung regionaler Innovationsökosysteme („place-based approach“) ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und eine strategische Autonomie der EU schnell und vor allem nachhaltig zu erreichen. Hochschulen stehen im Zentrum regionaler Innovationsökosysteme und sollten in der EU-Politik entsprechend einen hohen Stellenwert genießen. Wir bitten die Kommission, dieses Potenzial der Hochschulen auszuschöpfen. Die Hochschulen haben durch ihre Verankerung in der Region die Möglichkeit, zielgerichtet, flexibel und agil auf die ortsspezifischen Bedürfnisse der Gesellschaft und der lokalen Unternehmen

einzugehen und eine starke Gründungskultur zu befördern. Besonders Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Duale Hochschulen können hier europaweit als Modell für Innovationstreiber in den Regionen dienen und ermöglichen den Transfer wichtiger technologischer Innovationen in die Wirtschaft vor Ort.

Im Bereich der Wissenschaft kommen wir unserem Anspruch „Musterland des Green Deal“ zu werden, also schon sehr nah. Umso wichtiger ist es, dass die guten europäischen Rahmenbedingungen für Forschungskooperationen und Forschungsförderungen erhalten bzw. weiter ausgebaut werden. Gerade in Krisenzeiten darf die EU hier nicht sparen.

Dinge anders machen, mit Routinen und Selbstverständlichkeiten brechen, dafür sind Kunst und Kultur prädestiniert. Gleichzeitig sind Kultureinrichtungen heutzutage aber oft auch selbst noch große Energieverbraucher. Um das zu ändern, haben wir als Land Baden-Württemberg eine Green Culture Initiative mit dem Ziel gestartet, die Kultureinrichtungen auch betriebswirtschaftlich zu Klimaschutzvorreiterinnen zu machen. Wir hoffen, damit auch andere Regionen in der EU zu inspirieren. Mit Green Culture wird der Green Deal mehr als ein Projekt der wirtschaftlichen Entwicklung.

## **8. Fazit und Ausblick**

Der Green Deal wird dann zum Erfolg, wenn die Mitgliedstaaten und Regionen Europas ihn sich zu eigen machen. In Baden-Württemberg arbeiten wir GRÜNE mit Nachdruck daran, ihn zum Leitgedanken unserer Politik zu machen und mit konkreten Maßnahmen und Projekten mit Leben zu füllen. In vielen Bereichen gelingt uns das schon gut - hier wollen wir als Musterland des Green Deal vorangehen und andere Regionen inspirieren. Zur Bewältigung dieser großen Aufgabe kommt es aber auch auf die weitere Unterstützung durch die europäische Ebene an.

Folgende Aspekte sind uns dabei besonders wichtig:

- **Neben der akuten Bewältigung der Energiekrise muss der Status der Erneuerbaren Energien auf EU-Ebene auch langfristig und strukturell so gestärkt werden, dass eine spürbare Planungsbeschleunigung eintritt, die auch bei uns im Land ankommt.**
- **Rohstoff- und Produktbedarfe, die sich durch die Umsetzung des Green Deal ergeben, müssen wir mithilfe nachhaltiger Kreislaufwirtschaft und möglichst europäischer Lieferketten stillen.**
- **Das EU-Lieferkettengesetz, das den Green Deal konkret in den Unternehmen verankern soll, muss Biss haben. Nur so werden wir unserer Verantwortung für nachhaltigere globale Wirtschaftszusammenhänge gerecht.**
- **Auch „starke“ industrielle und Wirtschaftsstandorte wie Baden-Württemberg benötigen strukturelle Unterstützung und Flankierung durch die EU zur Bewältigung ihrer ganz erheblichen Transformationsaufgaben.**
- **Wir brauchen ein starkes europäisches und grenzüberschreitendes Schienennetz als Rückgrat für den klimaneutralen Wirtschaftsstandort Europa.**

Regionen wie Baden-Württemberg haben innerhalb der EU eine wichtige Mittlerfunktion zwischen der „großen“ Politik und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Es ist daher wichtig und gut, dass sie sich aktiv in die europäischen politischen Prozesse einbringen und dort auch Gehör finden. Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas wurden außerdem Vorschläge erarbeitet, wie die Stimme der Regionen und speziell die Rolle regionaler Parlamente im Mehrebenensystem der EU weiter gestärkt werden kann, damit sie das Prinzip der Subsidiarität künftig noch besser wahrnehmen können. **Diese Vorschläge begrüßen wir und fordern die europäischen Institutionen auf, den Prozess der institutionellen Weiterentwicklung der EU, den die Zukunftskonferenz angestoßen hat, weiter voranzutreiben.** Damit die EU angesichts großer Herausforderungen handlungsfähig bleibt und der Green Deal in allen Teilen der EU gelebt wird.

*Beschluss der Fraktionsklausur Brüssel, 11.01.2023.*